



## Impulse für den Wirtschaftsstandort Österreich<sup>1</sup>

**Dr. Helmut Hofer und Dr. Klaus Weyerstraß, IHS, 23. November 2015**

Österreich hat die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Europa im Verlauf des Jahres 2008 erreichte, gut überstanden. In der EU zählt Österreich damit weiterhin zu den Staaten mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen. Zwar ist die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um knapp vier Prozent zurückgegangen, aber anschließend setzte eine rasche Erholung ein, sodass in Österreich bereits 2011 wieder das Vorkrisenniveau erreicht wurde (siehe Abbildung). Seither verläuft die Konjunkturdynamik in Österreich aber äußerst schleppend. In den letzten 20 Jahren hatte das Wachstumstempo in Österreich fast permanent über dem im Euroraum gelegen.<sup>2</sup> Seit 2014 fällt das Wachstum aber nicht nur langsamer als in Deutschland aus, sondern bleibt auch hinter dem im Euroraum merklich zurück. Stagnierende Investitionen und ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit sind damit verbunden. Im Verein damit deuten auch Standortrankings in den letzten Jahren auf eine sich verschlechternde Position Österreichs hin.

### Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften wie jener Deutschlands oder der Schweiz, aber auch verglichen mit Schweden, das im Jahr 1995 gemeinsam mit Österreich der Europäischen Union beigetreten ist, wies Österreich bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise eine günstigere Entwicklung der Lohnstückkosten auf. Die Lohnstückkosten stellen ein wichtiges Maß für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft dar, denn sie stellen die Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität in Beziehung. Solange sich die Reallöhne im Einklang mit der Produktivität entwickeln, sind auch absolut gesehen hohe Arbeitskosten tragbar. Dies zeigen die Beispiele Deutschlands und der Schweiz, die trotz hoher Lohnkosten auf den Weltmärkten erfolgreich sind. Zuletzt sind aber in Österreich die Lohnstückkosten stärker als in anderen wichtigen Volkswirtschaften gestiegen. Vor allem die Entwicklung im Vergleich mit Deutschland ist problematisch, denn die deutsche Industrie, vor allem im Automobilbau, ist ein wesentlicher Abnehmer österreichischer Produkte.

Damit steigt die Gefahr, dass die deutschen Hersteller Vor- und Zwischenprodukte verstärkt selbst fertigen, statt sie aus Österreich zu importieren.<sup>3</sup>

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit stellt sich die Herausforderung, steigende Realeinkommen für die Beschäftigten zu erzielen, ohne gleichzeitig die Kostenbelastung der Unternehmen über Gebühr zu steigern.

---

<sup>1</sup> Die folgenden Überlegungen basieren im Wesentlichen auf Weyerstraß (2015) und Keuschnigg et al. (2014)

<sup>2</sup> Die durchschnittliche Wachstum seit 1995 betrug in Österreich 1.8 % bzw. im Euroraum 1.4 %.

<sup>3</sup> In diesem Zusammenhang sind auch die Marktanteilsverluste in Deutschland bzw. bei Kfz-Teilen und Kfz-Zubehör zulasten der MOEL-Staaten zu thematisieren (OeNB 2015).

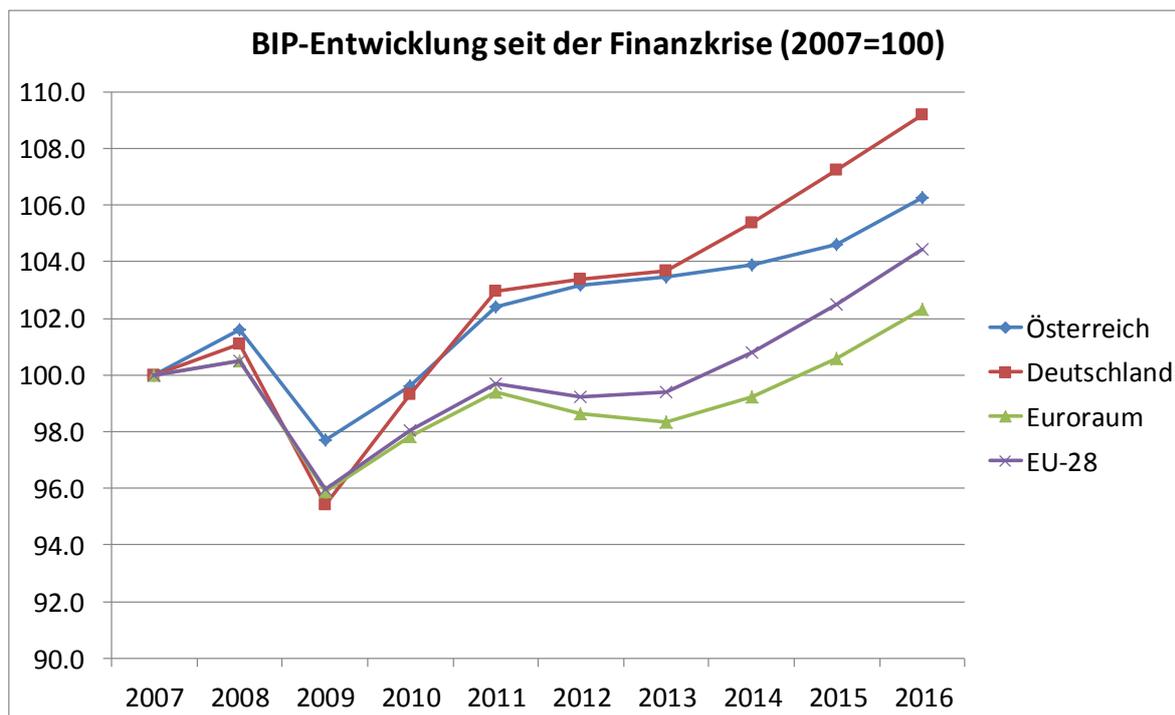
Reformbedarf besteht auch bei der Abgabenbelastung. Gegenwärtig beläuft sich der Staatsschuldenstand auf knapp 85 Prozent der Wirtschaftsleistung. Diese Staatsschuld sollte durch eine Steigerung des Wirtschaftswachstums, nicht jedoch über Steuer- oder Sozialabgabenerhöhungen abgetragen werden. Denn Österreich weist mit rund 50 Prozent bereits eine der höchsten Staatsquoten (Staatseinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) in der EU auf. Die Entlastung des Faktors Arbeit im Rahmen der im kommenden Jahr in Kraft tretenden Steuerreform ist zu begrüßen, sollte aber nur den Auftakt für weitere Reformen bilden. So sollte etwa die aktuell laufende Neuverhandlung des Finanzausgleichs dazu genutzt werden, durch Kompetenzentflechtungen und mehr Transparenz in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden Effizienzpotenziale zu erschließen. Darüber hinaus ist die Schaffung eines budgetären Spielraums für eine merkliche Senkung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote und insbesondere der Lohnnebenkosten erforderlich. Zur Verbesserung der Qualität des Wirtschaftsstandorts ist eine stärkere Gewichtung der produktiven staatlichen Investitionsausgaben (etwa für Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung) im Budget notwendig. Zusätzliche Ausgaben dürfen aber das Defizit nicht erhöhen, sie können durch Einsparungen etwa im Bereich der Verwaltungskosten, Pensionen und Subventionen finanziert werden.

### **Forschung und Entwicklung sowie Bildung sind zentral für die Erhaltung des Wohlstands**

Österreich als ein Land ohne nennenswerte Rohstoffvorkommen und mit einer alternden Bevölkerung kann seinen Wohlstand langfristig nur über eine Stärkung von Forschung, Bildung und Innovationen halten. Die zurückgehende Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung dämpft mittelfristig das Wachstumspotenzial der österreichischen Volkswirtschaft. Dem kann – zumindest in begrenztem Ausmaß – mit einer Steigerung des technischen Fortschritts begegnet werden. Zudem ist Österreich im internationalen Vergleich ein Hochlohnland und kann somit im globalen Wettbewerb nur mit technologisch hochwertigen und entsprechend hochpreisigen Produkten reüssieren. Hierfür sind Investitionen in Forschung und Entwicklung unerlässlich. Zudem sind Forschungsanstrengungen notwendig, um laufend Produktivitätssteigerungen zu erzielen, damit steigende Löhne nicht zu höheren Lohnstückkosten führen.

Ein weiterer zentraler Standortfaktor ist das Bildungsniveau. Eine technologie- und wissensbasierte Wirtschaft benötigt hochqualifiziertes Personal. Dazu muss einerseits Bildung auf höchstem Qualitätsniveau stattfinden und andererseits bedarf es der nötigen Rahmenbedingungen, um Humankapital im Land zu halten und fehlendes Wissen aus dem Ausland zu ergänzen. Verfügen Unternehmen über hinreichendes Humankapital und Wissen, so sind dies notwendige Bedingungen für Innovation und Wachstum. Österreich muss das in Bildung angelegte Wachstums- und Wohlfahrtspotenzial in Zukunft ausschöpfen und damit den bildungspolitischen Reformrückstau umgehend aufarbeiten. Dabei ist Handlungsbedarf im Elementarbereich, wo die PISA Ergebnisse systematische Benachteiligungen bestimmter Schülergruppen indizieren, ebenso gegeben, wie im tertiären Sektor, wo einerseits die Hochschulabschlussquote im internationalen Vergleich immer noch zu gering ist und andererseits Defizite im Bereich der Grundlagenforschung bestehen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung muss das Potenzial der Immigranten durch Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen ausgeschöpft werden.

Abbildung: BIP-Entwicklung seit der Finanzkrise



Quelle: Eurostat, IHS

### Literaturhinweise

Vision Österreich 2050 Vorsprung durch Bildung, Innovation und Wandel, Studie im Auftrag des Rats für Forschung- und Technologieentwicklung und des Austrian Institute of Technology ; Keuschnigg, C., Ecker, B., Gassler, H., Hofer, H., Koch, S., Kuschej, H., Lassnigg, L., Reiner, C., Sellner, R., Skriner, E., Vogtenhuber, St. (2014),

Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2015-2017, OeNB, Juni 2015

Ohne Reformen droht Österreich im europäischen Vergleich zurückzufallen, ÖGfE Policy Brief, 9'2015, Wien Weyerstraß, K. (2015).

**Beitrag für die wirtschaftspolitischen Gespräche des IHS und der WKO am 23. November 2015 zu „Zukunft Österreich – Was macht einen attraktiven Standort aus“**